

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 680 846 ppbn d
Telefax: 21 08 84

Inhalt

Gerhard Schröder MdL zur
niedersächsischen Landtags-
wahl im Mai dieses Jahres:
Unsere Gesellschaft ökolo-
gisch und sozial erneuern.
Seite 1

Horst Niggemeyer MdB zur
Parteienlandschaft des ande-
ren deutschen Staates: Die
Makel der DDR-CDU.

Seite 4

Dokumentation:

Heinz Galinski, Direkto-
riumsvorsitzender des Zen-
tralrats der Juden in
Deutschland, hat in seiner
Erklärung zum Jahreswech-
sel dazu aufgerufen, „kom-
promißlos gegen jene Kräfte
vorzugehen, die immer noch
nichts aus der Vergangen-
heit gelernt haben“. Aus-
züge im Wortlaut

Seite 6

45. Jahrgang / 1

2. Januar 1990

Unsere Gesellschaft ökologisch und sozial erneuern

Zur niedersächsischen Landtagswahl im Mai dieses Jahres

Von Gerhard Schröder MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag
SPD-Spitzenkandidat zur Landtagswahl

Für uns ist 1990 das Jahr der Entscheidung. Wir werden die Land-
tagswahl im Mai 1990 gewinnen. Die Bürgerinnen und Bürger Nieder-
sachsens wissen, wofür wir stehen: Wir wollen unser Land ökologisch
und sozial erneuern!

Wir alle haben uns über die Entwicklung der letzten Monate gefreut.
In der DDR, in Mittel- und Osteuropa hat sich der Freiheitswille der
Menschen durchgesetzt.

Damit er leben kann, braucht es unser aller Hilfe. Helfen kann aber
nur der, der zur Hilfe fähig ist. Und Hilfe ist vor allem dort sinnvoll,
wo sie sich mit dem Willen zur Selbsthilfe verbindet.

Diese beiden Gesichtspunkte kommen mir in der aktuellen Diskus-
sion zu kurz.

Natürlich ist es reizvoll, über politische und rechtliche Modelle künftiger
Einheit der Deutschen nachzudenken. Wichtiger aber erscheint
mir, sich Gedanken über die politischen Rahmenbedingungen zu
machen, in denen wir helfen können, Freiheit in Mittel- und Ost-
europa, vor allem aber in der DDR auf Dauer zu sichern.

Die gesellschaftliche Basis unserer Hilfsmöglichkeiten ist gewiß die
Stärke unserer Wirtschaft. Diese Stärke kann sich aber nur in sozialer
Stabilität entfalten. Wer also die soziale Stabilität bei uns in Frage
stellt, gefährdet nicht nur den inneren Frieden hier, er zerstört auch
unsere Fähigkeit zur wirksamen Hilfe. Hier liegt der Grund, warum
ich darauf bestehe, die soziale Frage immer wieder in den Mittel-
punkt unserer politischen Diskussion zu rücken.

In Niedersachsen sind zur Zeit 275.000 Menschen arbeitslos. Rund
93.000 Menschen sind länger als ein Jahr ohne Arbeit.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
Recycling-Paper



Gleichzeitig gibt es mehr als 300.000 Sozialhilfeempfänger in unserem Land. Sie leben häufig unterhalb der Armutsgrenze. Der Wohnungsmarkt zeigt vor allem in den Ballungsgebieten einen katastrophalen Zustand.

In der DDR gibt es ernsthafte Probleme in der wirtschaftlichen Produktion. Der Mangel an qualifizierten Facharbeitern, an Technikern und Ingenieuren gefährdet die Sanierung der dortigen Wirtschaft ernsthaft. Das Gesundheitssystem droht zusammenzubrechen. Der öffentliche Verkehr kann nur noch schwer aufrecht erhalten werden.

Die Probleme hier wie dort haben eine Ursache gemeinsam: Der Strom der Übersiedler verursacht oder verschärft die Situation hier wie dort. Gut ausgebildete Übersiedler werden hier zu häufig bevorzugten Konkurrenten der sozial Schwächsten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Gleichzeitig fehlen vor allem diese Kräfte in der DDR und verschärfen so die dortigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme.

Es gehört nicht viel Prognosefähigkeit dazu, um vorauszusagen, daß diese Probleme noch zunehmen werden. Je bedrohlicher die Lage in der DDR wird, desto größer wird der Wunsch, der schlechten wirtschaftlichen Lage durch Übersiedlung in die BRD zu entgehen. Was kann, was muß in dieser Lage unsere Politik sein? Ich nenne fünf Punkte:

1. Die Wahrhaftigkeit erfordert es, öffentlich zu sagen, daß das Wohlstandsgefälle zwischen den beiden deutschen Staaten nicht über Nacht einzuebnen ist. 40 Jahre erfolgreiche Industriegeschichte bei uns lassen sich nicht in einem großen Sprung überwinden. Gleiche Lebensverhältnisse in der DDR herzustellen, braucht auch dann viele Jahre, wenn wir gewaltige Ressourcen mobilisieren und dort zum Einsatz bringen.
2. Niemand will die gewonnene Freizügigkeit in Frage stellen. Aber weil es hier gesicherte Freizügigkeit gibt, ist es angemessen, daß jeder, der aus der DDR kommen will, sich zuerst eine Wohnung und einen Arbeitsplatz besorgt, bevor er die DDR verläßt.
3. Die beitragsbezogenen Leistungen in der Bundesrepublik sind Ergebnis lebenslanger Arbeit vieler ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer bei uns. Die Arbeitsbiographie hier und in der DDR sind nicht miteinander vergleichbar. Deshalb ist die gleiche Inanspruchnahme der Leistungen durch Übersiedler nicht gerecht. Hier müssen angemessene Änderungen erfolgen.

4. Die Sanierung der Wirtschaft in der DDR kostet viel Geld. Natürlich wird sie mittel- und langfristig neue Chancen auch für uns eröffnen. Zunächst aber wird in der DDR investiert werden müssen. Angesichts dessen stellt sich die Frage, wer die Sanierung in der DDR bezahlt und wer daran verdient. Wir haben klarzumachen, daß die SPD ohne Einschränkungen zu einer umfassenden Hilfe ja sagt.

Die hier aufzubringenden Leistungen müssen aber sozial ausgewogen aufgebracht werden. Geschieht das nicht, wird die Sanierung der DDR zu einer zusätzlichen Verschärfung des Vermögensgefälles in der Bundesrepublik führen.

Sozial gerecht ist deshalb nur eine Hilfe, die mit drastischen Schnitten in den Rüstungshaushalt und mit dem Verzicht auf die angekündigte generelle Senkung der Unternehmenssteuern bezahlt wird.

5. Sozialpolitik in der Bundesrepublik darf nicht wieder klein geschrieben werden. Die Menschen bei uns haben mit der Steuerreform ein Stück zusätzlicher sozialer Ungerechtigkeit und mit der Gesundheitsreform unbestreitbare Einschränkungen in den sozialen Leistungen hinnehmen müssen. Das hat viele Menschen in wirtschaftliche Not gebracht.

Dieser Art von Politik müssen wir entschieden entgegentreten. Wir müssen eine neue sozialpolitische Offensive bei uns einleiten.

Auf diesem Hintergrund gewinnen landespolitische Fragen nach Lehrmittelfreiheit, Forderung nach bezahlbaren Kindergartenplätzen und Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit eine neue Plausibilität.

Es ist unsere Pflicht, die soziale und ökologische Dimension der Politik gerade in einer Zeit nicht untergehen zu lassen, in der die nationalen Fragen die Menschen beschäftigen.

Ökologische und soziale Fragen wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte zu bringen und glaubwürdige - auch personelle - Lösungen dafür anzubieten, das ist es, was den Menschen hilft und was uns zusätzliches Vertrauen schaffen wird.

(-/2.1.1990/va-he/rs)

Die Makel der DDR-CDU

Ein Blick auf die Parteienlandschaft des anderen deutschen Staates

Von Horst Niggemeier MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Mitte Dezember war in einem Kommentar in der Ost-CDU-Zeitung „Neue Zeit“ zu lesen, daß die über 40 Jahre hinweg der SED ergebene CDU jetzt „die verhängnisvolle Rolle eines fleißigen Schülers der SED abzulegen“ habe, wenn sie als Partei „nicht in politischer Bedeutungslosigkeit versinken“ wolle. Und das will die Ost-CDU erklärtermaßen nicht.

Auch diese Partei will weiter mitmischen und so hat sie ihren langjährigen Parteichef Gerald Götting wegen seiner allzu offenkundigen Polit-Kumpanei zur SED und zu deren Bargeld-Koffern jetzt schnell aus dem Verkehr gezogen; er gehört jetzt auch zu den „Entlarvten“. Sein Nachfolger Lothar de Maiziere müht sich inzwischen um eigenes Profil und hat damit beim CDU-Generalsekretär (West) Rühle Eindruck gemacht: Ein Hoffnungsträger, meint Rühle. Aber die laufen ja inzwischen bei allen bislang etablierten DDR-Parteien herum; alte wurden durch neue Mandatare ersetzt. Vielfach werden sie im Volksmund als „Wendehälse“ politisch nicht schwer gewichtet, sondern eher gering geschätzt. Die politische Bewertungsfähigkeit des Volksmundes ist dabei erstaunlich; Fehleinschätzungen sind nicht zu erkennen. Viele Beispiele ließen sich dafür anführen.

Da hat das CDU-Zentralorgan „Neue Zeit“ noch am 28. Oktober 1989 einen neuen Programm-entwurf veröffentlicht und das für den Entwurf verantwortliche CDU-Präsidium bat alle Mitglieder darum, „dieses Positionspapier zu diskutieren“.

Was war da in dem Entwurf zu diskutieren?! Zum Beispiel die Feststellung des „bewährten Grundsatzes“, daß „die CDU eine Partei des Sozialismus ist“ und sie sich „zu den großen Möglichkeiten des Sozialismus für die Selbstverwirklichung des Menschen bekennt“.

Diese auf das SED-Monopol maßgeschneiderten Thesen aus der CDU-Zentrale wurden noch verbreitet, als sich bereits die SDP am 7. Oktober 1989 unter illegalen und konspirativen Bedingungen gegründet und unter anderem erklärt hatte:

„In entschiedener Ablehnung allen totalitären politischen Denkens und Handelns bemüht sich die SDP in Zusammenarbeit und gleichberechtigtem Wettstreit mit anderen demokratischen Kräften um die Entmonopolisierung, Demokratisierung und Teilung der Macht in Staat und Gesellschaft mit dem Ziel des Aufbaus einer ökologisch orientierten sozialen Demokratie.“

Doch die CDU war nicht allein mit ihrem Anpassungskurs gegenüber der SED. Die Liberalen der LDPD legten noch Mitte November herzerfrischend deutlich nach mit der programmatischen Feststellung: „Die LDPD ist und bleibt eine Partei für den Sozialismus.“ LDPD-Chef Manfred Gerlach gilt dann auch in der DDR als der hochrangigste „Wendehals“: Er amtiert inzwischen als Staatsratsvorsitzender.

Die Blockparteien insgesamt entwickelten erst relativ spät und auch dann in völlig ungefährlicher Zeit - die SED hatte schon längst keine Zähne mehr - neue Positionen ohne Sozialismus-Bekenntnis. Sie wollten aus dem Dunstkreis der kommunistischen SED heraus- und in den Zirkel demokratischer Kräfte eintreten.

Nun macht sich die CDU weniger Sorgen um ihre vier Jahrzehnte währende Knecht-Rolle, die sie für die SED gespielt hat, sondern beklagt in der „Neuen Zeit“, daß „eine Partei (gemeint ist die SED) durch Umfang und Auflagenhöhe ihrer Zeitung deutlich bevorzugt sei; auch in diesen

Bereichen müßten Privilegien beseitigt werden.“ Die Schlußfolgerung der CDU ist dabei so falsch nicht, denn „anders seien freie Wahlen und ein fairer Wahlkampf nicht möglich“.

Aber wie „benachteiligt“ ist denn die CDU in der DDR, zum Beispiel im Vergleich zu den Sozialdemokraten dort, die gerade mit dem Aufbau ihrer Partei begonnen und nur knapp den Punkt Null der Anfangsarbeit überwunden haben?!

Die CDU der DDR hat in Burgscheidungen/Unstrut (Bezirk Halle) immerhin eine zentrale Schulungsstätte „Otto Nuschke“, mit der sie schon einiges anfangen kann.

Über die gesamte DDR verteilt verfügt die CDU seit Jahrzehnten schon über 15 Bezirksverbandsbüros und als Untergliederungen dazu über 219 Kreisverbandssekretariate, die allesamt mit Parteipersonal und Telefonanschluß versehen sind.

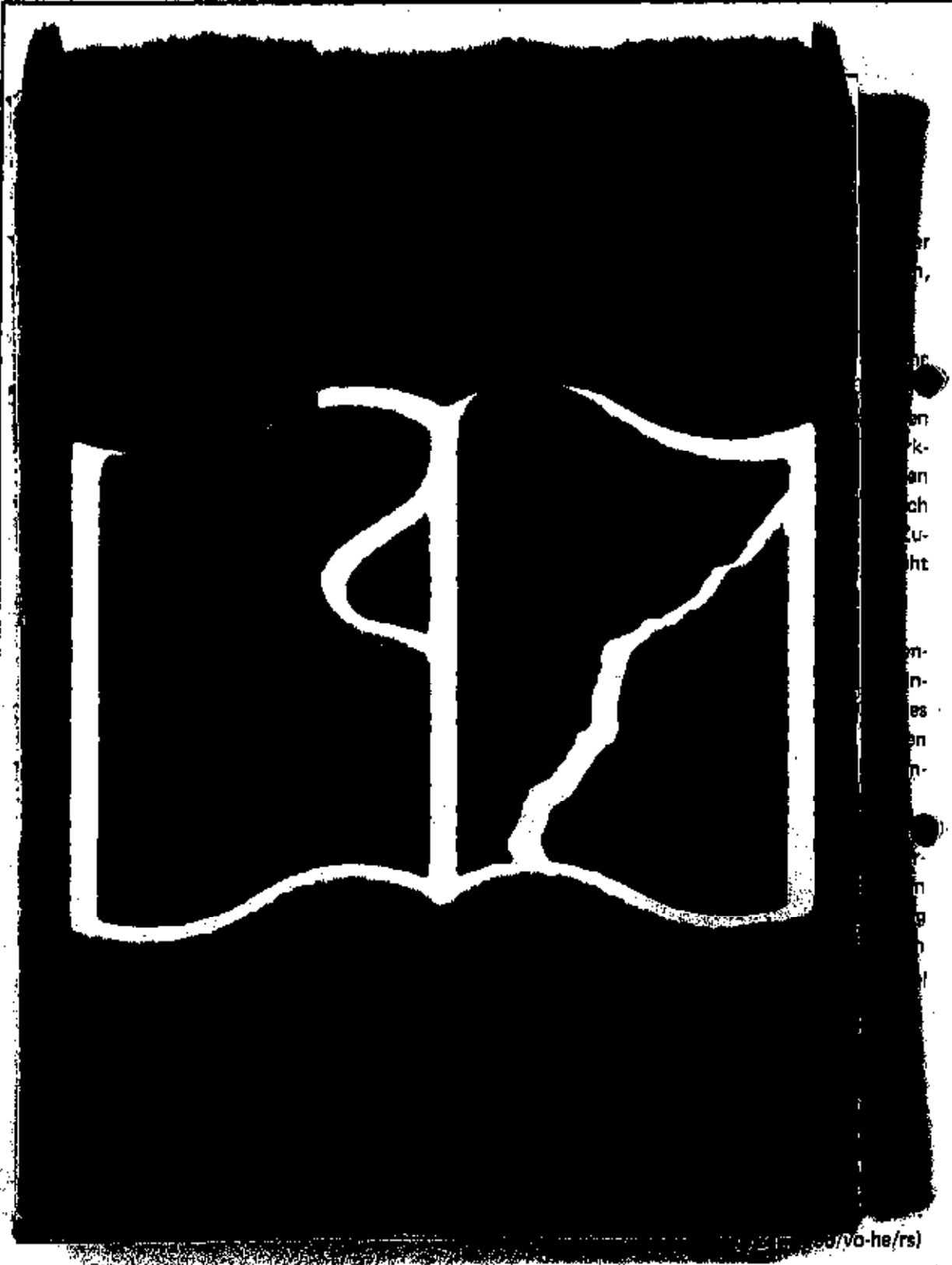
Das ist - wenn auch die SED über noch bessere Voraussetzungen verfügt - schon eine gute Infrastruktur, von der her die CDU in jeder Weise operieren kann. Da sie zudem auch noch in den SED-beherrschten Räten von Bezirken, Kreisen und Gemeinden „Gastrecht“ als Blockpartei genießt, kann die CDU um ein vieles besser organisieren und arbeiten als es die SDP und andere Reformgruppen können.

Dazu verfügt die CDU über das Zentralorgan „Neue Zeit“, das in Berlin gemacht wird sowie über fünf sogenannte Bezirkszeitungen, nämlich „Die Union“, „Der neue Weg“, „Der Demokrat“, „Thüringer Tageblatt“ und „Märkische Union“.

Die CDU besitzt einen eigenen Buchverlag mit Sitz in Berlin (Verlagsziel: „Unterstützung der sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung“) sowie zahlreiche Buchhandlungen in den größeren DDR-Städten. Die „Vereinigung Organisationseigener Betriebe der CDU“ faßt all diese quasi-unternehmerischen Aktivitäten zusammen.

Die CDU in der DDR ist - bis auf die kurze Gründungsphase unter Mitwirkung der aufrechten Demokraten Jakob Kaiser und Ernst Lemmer - danach stets in das korrupte Beziehungsgeflecht der sogenannten „Nationalen Front“ eingebunden und sozusagen als SED-Vortrupp im christlich-bürgerlichen Lager tätig gewesen. Mit diesem Makel muß die CDU jetzt fertig werden. Am 6. Mai wird sich zeigen, inwieweit das der CDU gelungen ist. Bis dahin aber hat sie neben dem Makel auch noch den Vorteil, über eine Infrastruktur zu verfügen, die es ihr wesentlich erleichtert, den Wahlkampf zu führen. Da haben es die von dem Makel einer SED-Kollaboration freien Sozialdemokraten und andere Reformkräfte doch wesentlich schwieriger; sie sind zwar aus der Vergangenheit her makellos, aber nicht problemfrei für ihre gegenwärtige Aufgabe als neugegründete Partei.

(-/2.1.1990/va-he/rs)



.../2 (1990/Vo-he/rs)